HELGA LANGE, SCHULTENSTRAßE 6, 33790 HALLE (WESTF.)

Halle/Westf., 18.12.2013

FRAKTION IM RAT DER
STADT HALLE (WESTF.)

Helga Lange
Fraktionssprecherin

Schultenstraße 6
33790 Halle/Westf.
Tel: (05201) 82 82 48
Fax: (05201) 66 52 32
gruene@helga-lange.de

Haushaltsrede Ratsitzung am 18.12.2013

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger

Die fetten Jahre scheinen nun auch in Halle vorbei zu sein.
Nach Rekordeinnahmen in 2013 folgt ein Rekorddefizit in 2014. Konnten wir 2013 noch ein Plus von ca. 2 Mio. € und einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden, so kämpfen wir heute mit einem Minus von gut 9 Mio. €. Wir hoffen nicht, dass nach 7 guten Jahren, jetzt 7 dürre folgen.

Schon im vergangenen Jahr hat unser Kämmerer auf die Ausnahmesituation 2013 hingewiesen und deutlich gemacht, dass sich diese Einnahmesituation nicht wiederholen wird. Die Gewerbesteuereinnahmen liegen nun wieder im für Halle normalen Bereich und damit immer noch auf sehr hohem Niveau. Die innovativen Unternehmen unserer Stadt sind und mit ihnen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin sehr erfolgreich. Handwerk und Dienstleister sind leistungsstark und alle tragen bei zum Wohlstand in unserer Stadt. Die Rekordeinnahmen aus 2013 aber bescheren uns in 2014 eine erhebliche Belastung, weil diese als Berechnungsgrundlage für die Umlagen zu Grunde gelegt werden. Das ist der Systematik unserer Kommunalfinanzen geschuldet. Wir haben die leise Hoffnung, dass die Große Koalition die Kraft zu einer Reform der Kommunalfinanzen hat und für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen in Zukunft sorgt. So aber leisten wir in 2014 eine Rekord Kreisumlage von 26 Mio. €, eine um ca. 1,6 Mio. € auf knapp 7,9 Mio. € stark angestiegene Jugendamtsumlage und in 2014 erstmalig die Solidaritätsumlage. Insbesondere letztere erregt seit längerem die Gemüter. Kommunen, die über eine überdurchschnittliche Finanzkraft verfügen, und es geht nicht darum wer gut oder schlecht gewirtschaftet hat, müssen für Kommunen, die eine unterdurchschnittliche Finanzkraft haben und in erheblichen finanziellen Problemen stecken, einen Solidaritätsbeitrag leisten. Wir sind erleichtert, dass die Landesregierung den Beitrag halbiert hat, aber es bleiben immer noch 2,6 Mio. € die von uns abgeführt werden müssen. Auch wir wären froh, wenn dieser Kelch vollständig an uns vorbei gegangen wäre. Aber wir erkennen an, dass es sinnvoll ist, notleidenden Kommunen unter strengen Auflagen, finanziell zu helfen, damit sie auf

absehbare Zeit ihre Haushalte einigermaßen in Ordnung bringen können. Wir haben keine Illusion, dass das in allen Fällen gelingt, aber wir haben die Hoffnung, dass es viele Kommunen durch eiserne Sparvorgaben schaffen können. Zunächst aber werden diese Kommunen viele Einrichtungen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Büchereien schließen müssen oder die Öffnungszeiten erheblich einschränken, sowie soziale freiwillige Leistungen einstellen müssen. Und das bei großen sozialen Problemen, hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen und einem erheblichen Armutsproblem. Seien wir froh, dass wir mit diesen Problemen nicht zu kämpfen haben.

Unsere Solidarität ist gefordert. Genauso wie Solidarität von uns Allen und auch von den Kommunen seit 1991 mit dem Solidaritätsbeitrag Aufbau Ost geleistet werden muss, eingeführt von der Regierung Helmut Kohl. Und dieser Beitrag ist keineswegs zweckgebunden, sondern fließt seit über 20 Jahren in den allgemeinen Haushalt des Bundes und wurde sogar zur Finanzierung der erhöhten Ausgaben beim Golf Krieg eingesetzt.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie den Stärkungspakt zum Erfolg führt und die geforderten Konsolidierungsmaßnahmen konsequent umgesetzt und überprüft.

Trotz dieser immensen Umlagen und des hohen Defizits verabschieden wir heute einen Haushalt, der viele Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin ermöglicht. Wir halten ein engmaschiges soziales Netz bereit, bieten ein vielfältiges kulturelles Angebot, fördern den Sport, leisten erhebliche Förderungen im Bereich Schule durch Schulsozialarbeit, offenen Ganztag, Randstundenbetreuung und nicht zuletzt durch 100.000 € für die HS für soziale Projekte, die bereits erste Früchte tragen.

Wir leisten uns auch in 2014 ein enormes Investitionsvolumen. Große Baumaßnahmen, die überall in unserer Stadt sichtbar sind, werden weitergeführt, Investitionen in den Ravenna Park, die Entlastungsstraße, den Weidenkamp getätigt. Und das sind nur die ganz großen Brocken.

Die Fertigstellung unseres Lindenbades steht im Frühjahr an. Während Schwimmbäder im ganzen Land geschlossen werden müssen, können sich unsere Schwimmerinnen und Schwimmer freuen, dass nach einer Durststrecke in Halle Schwimmen wieder möglich ist und das zu vertretbaren Kosten. Top in der Zeit, super im Finanzplan, ein Meisterstück! Da zeigt sich, wie positiv sich professionelle Unterstützung auszahlt. Wir haben in Halle durchaus leidvolle Erfahrung mit dem Nichteinhalten des Finanzrahmens gemacht. Letztes unrühmliches Beispiel, und es ist nicht das Einzige, sind die Mehrkosten bei der Kita Hochstraße. Hier hat das Kostenmanagement, vor allem wenn wir die Planungen von Anfang an betrachten, nicht funktioniert. Das darf sich nicht wiederholen. Hier müssen wir besser werden.

Trotz eines Rekorddefizits ist der Haushaltsplanentwurf kein Sparhaushalt. Die Bürgermeisterin hat einige wenige Vorschläge gemacht, aber die Politik ist ihr in vielen Fällen nicht gefolgt. Ganz schnell wurde eine Einsparung nach der anderen kassiert. Der Radweg in Kölkebeck wurde von der SPD wieder ins Spiel gebracht. Da war die CDU wohl nicht flott genug. Um den Makel wieder auszubügeln, wurde dann von der CDU gleich der ganze Radweg und nicht nur das Teilstück gefordert und durchgesetzt, wohl wissend, dass er in Gänze gar nicht in 2014 gebaut werden kann. Es fehlen die Grundstücke und Förderung gibt es auch nicht. Schulwegsicherung ist gut und wichtig und deshalb im Ortsteil Kölkebek auch richtig und findet unsere Unterstützung. Ob al-

lerdings die Weiterführung an der L 966 richtig ist, oder z. T. auch vorhandene Wirtschaftswege einbezogen werden können, um die Kosten zu reduzieren, muss noch mal sorgfältig geprüft werden.

Wir können allerdings nicht nachvollziehen, dass die Schulwegsicherung an der Alleestraße keine Mehrheit findet. Der Geh/Radweg an der Alleestraße ist gefährlich und in den Einmündungsbereichen extrem unübersichtlich und für hunderte von Schülerinnen und Schülern der tägliche Weg. Es wurde zwar in 2013, erst in 2013!, für diesen Gefahrenbereich ein Förderantrag in Detmold gestellt, aber die Mittel von 300.000 € sind komplett gestrichen und dauerhaft auf Null gesetzt. Das ist für uns inakzeptabel.

Aber nicht nur der Sparvorschlag Radweg Kölkebek wurde vom Rat nicht akzeptiert. Es folgte die Förderung der Ortsteile, das Windelgeld und die Einführung der papierlosen Ratsarbeit. Nur im Bereich Tiefbau wurde kräftig verschoben, aber nicht aufgehoben.

Das alles sind gute Maßnahmen, die wir mittragen. Wenn sich dann aber die CDU im HFA und in der Presse hinstellt und den mangelnden Sparwillen der BM beklagt, ist das scheinheilig. Wo waren denn die Sparvorschläge der CDU? Wenn mir nichts einfällt und ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis oder bestelle ein Gutachten. Wo ist denn Ihr entschlossenes Konsolidierungshandeln, das Sie in Ihrem mit heißer Nadel gestrickten Antrag fordern? Wo ist das Umdenken vor Ort, um die Kommunalfinanzen dauerhaft zu stabilisieren? Stammt alles wörtlich aus ihrem Antrag! Verständlich, im Mai sind Kommunalwahlen, da fängt niemand gern fünf Monate vorher mit dem Sparen an und streicht liebgewonnene Leistungen.

Der Grundgedanke ihres Antrages ist ja richtig, aber insgesamt nicht durchdacht und dilettantisch. Die Organisationsstruktur obliegt zunächst einmal weitgehend der BM.

Dann beklagen Sie den Anstieg bei den Personalkosten. Haben wir nicht alle miteinander die Ausweitung der Schulsozialarbeit beschlossen? Das heißt mehr Personal. Haben wir nicht genauso den U3-Ausbau forciert? Das kostet nicht nur Investitionen, sondern auch Personal. Wir sind sehr wohl für eine Überprüfung unserer Personalressourcen, aber bevor wir ein Gutachten in Auftrag geben, müssen wir die Kriterien festlegen, müssen den Untersuchungsumfang bestimmen. Vor allem sollten wir zunächst sehr sorgfältig die Ergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt GPA analysieren und dann schauen, welche Fragen nicht beantwortet wurden. Wir lassen doch nicht drei Gutachterbüros hier auflaufen, so nach dem Motto, nun schlagt uns mal vor, was wir so wollen könnten oder was gut für uns ist, so ganz genau wissen wir das nämlich nicht. Die werden uns schon ein rundum Sorglospaket vorschlagen, das ist dann vor allem gut für deren Konto. Wir müssen einen klaren Auftrag formulieren und dann können die Angebote eingeholt werden. Und wenn dann das Ergebnis ist, es ist zu wenig Personal z. B. in der Abteilung Bauen, um die Energiewende zu meistern, um die energetische Gebäudesanierung zu forcieren, die Bewirtschaftungskosten der Gebäude differenziert darzustellen oder in der Abteilung Tiefbau die Baumaßnahmen zu planen und zu begleiten, um das Krisenmanagement der vielen Baustellen bürgerfreundlich zu organisieren, oder den ämterübergreifenden Inklusionsprozess zu gestalten, dann müssen wir aber auch Farbe bekennen. Wir haben Zweifel, dass die Personalausstattung unseres Rathauses zu üppig ist, gemessen an den Anforderungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, aber auch wir als Rat immer wieder stellen. In vielen Abtei-

lungen wird Tag für Tag am Limit und darüber hinaus gearbeitet. Dafür bedanken wir uns sehr herzlich.

Um die Unterhaltungskosten aber auch die Bewirtschaftungskosten unserer Immobilien zu senken, müssen alle Gebäude auf den Prüfstand. Das haben auch wir intensiv mit dem Kämmerer diskutiert. Einige Immobilien haben wir aus strategischen Überlegungen erworben. Es ist allerdings fraglich, ob sie wirklich noch alle gebraucht werden. Da müssen wir kritisch heran und uns dann auch trennen, um die Unterhaltungskosten zu senken, aber auch um neue Spielräume zu bekommen für andere strategische Entscheidungen. Für uns steht ganz oben auf der Liste der Haller Bahnhof. Der Bahnhof ist die Visitenkarte einer Stadt. Hier wollen wir unsere Gäste angemessen willkommen heißen, Dienstleistungen anbieten und zweifelhafte Nutzungen verhindern. Wir sagen aber auch, nicht zu jedem Preis.

Einen hohen Preis zahlen wir wieder für unser Krankenhaus. Auch das ist eine strategische und richtige Entscheidung. Wir wollen ein starkes, leistungsfähiges Krankenhaus mit einem breiten Angebot. Das ärztliche und pflegerische Personal ist hoch motiviert und leistet hervorragende Arbeit. Durch die Fusion haben wir einen großen Partner, der aber finanziell angeschlagen ist und z. Z. nicht weiter in unser Haus investiert. Um die geriatrische Versorgung vor Ort zu verbessern und langfristig zu sichern, übernehmen wir die Sanierung der Station 5, eine Investition in die Zukunft, auch in Hinblick auf die demografische Entwicklung in Halle. Wir senden aber auch eine klare Botschaft nach Bielefeld. Für die Zukunft erwarten wir besonderes Engagement für unser Krankenhaus denn wir sind keine Kuh, die immer wieder gemolken werden kann.

Eine weitere strategische Entscheidung hat dieser Rat in der letzten Sitzung gefasst und wichtige Weichen für die Gründung einer Gesamtschule in Halle gestellt. Wir freuen uns darüber, dass es jetzt im Haushalt das Produkt Gesamtschule gibt und es mit den ersten Mittel ausgestattet ist. Aber noch größer ist unsere Freude, dass jetzt auch eine Genehmigung vorliegt. Die GS entspricht dem Elternwillen. Halle ist Mittelzentrum und eine prosperierende Kommune mit stabilen bis leicht steigenden Geburtenzahlen und steigenden Zuwanderungsraten. Ein vielfältiges, attraktives Schulangebot vor Ort ist ein wesentlicher Faktor der Daseinsvorsorge, aktive Wirtschaftsförderung und ein Standortfaktor für Familien.

Weder die PAB noch das KGH werden dadurch in ihrem Bestand gefährdet. Das ist unsere feste Überzeugung, die unseres Gutachters und jetzt auch durch die Bezirksregierung bestätigt. Es muss doch unser Ziel sein, in Zukunft mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen zu führen und für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Es ist unverantwortlich, wie die Eltern immer wieder verunsichert werden, um den Erfolg der Schule zu gefährden. Wir fordern Sie alle auf, helfen Sie mit, die Schule der Zukunft zu bauen und kleben Sie nicht länger an einem System, dass keine Zukunft hat. An der Hauptschule und Realschule wird zweifelsfrei gute Arbeit geleistet und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer hat unseren ganzen Respekt. Und trotzdem ist die HS ein Auslaufmodell, weil die Eltern es immer weniger nachfragen. Der Aufbau einer neuen Schule bringt neue Gestaltungsmöglichkeiten, ist gleichermaßen motivierend für Lehrerinnen und Lehrer und Eltern und ist eine große Chance.

Unsere Nachbarn werfen uns unsolidarisches Handeln vor. Das ist unfair, denn wir beschränken uns auf vier Züge und bieten eine Kooperation der Oberstufen an. Auch die BR bestätigt uns, dass wir nicht rücksichtslos handeln. Und wir sagen ganz deut-

lich, wir wollen auch weiterhin solidarisch mit unseren Nachbarn umgehen, wenn es z. B. um das Jugendamt geht, weil wir auch in diesem Bereich nur gemeinsam stark sind. Das Kreisjugendamt ist leistungsfähig und fachlich gut aufgestellt und die gute Zusammenarbeit sollte nicht durch eine Klage des Kreises oder der umliegenden Kommunen gegen die Gesamtschule Halle belastet werden. Wir übernehmen Verantwortung und erhebliche Kosten, 7,9 Mio. €, ganz solidarisch. Wenn wir das nicht mehr täten, wären unsere Nachbarn die Verlierer. Das wollen wir ausdrücklich nicht.

Ein großes Zukunftsthema, die Inklusion wird nach wie vor sehr vernachlässigt. Nicht nur für die Kitas, sondern auch für unsere Schulen und für alle übrigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden wir Konzepte entwickeln müssen, um dem Anspruch auf Inklusion gerecht zu werden. Das ist eine große Herausforderung, deshalb haben wir die Erstellung einer Inklusionsstrategie beantragt. Dieser Antrag feiert im Januar einjährigen Geburtstag. Es ist unerträglich, dass Anträge einfach in der Schublade verschwinden, als seien sie nicht gestellt. Wir erwarten von der Verwaltung zumindest eine Reaktion. Es ist uns bewusst, dass die Inklusion eine Herkulesaufgabe ist, vor allem, wenn sie ganzheitlich angegangen wird. Aber wir sollten zumindest anfangen.

Aber zurück zum Haushalt.

Trotz des immensen Haushaltsdefizits ist der 2014er kein Sparhaushalt. Die freiwilligen Leistungen im Bereich der Bildung, im Sozialen, in der Kultur werden fortgeschrieben. Das ist in diesem Jahr noch verantwortbar. Sollte sich das Defizit aber in den kommenden Jahren verfestigen, werden auch wir nicht umhin kommen, über viele liebgewordene Leistungen und deren Einschränkung nachzudenken. Auch die Hebesätze bleiben unangetastet. Der Verzicht auf die fiktiven Hebesätze bedeutet aber auch, Jahr für Jahr ca.1 Mio. € weniger Einnahmen. Wir dürfen das Prinzip der nachhaltigen Finanzwirtschaft nicht völlig aus den Augen verlieren und die finanziellen Risiken nicht auf die nachfolgenden Generationen verschieben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsplanentwurf findet unsere Zustimmung, auch wenn wir nicht alle Entscheidungen mittragen konnten und für uns wichtige Haushaltsansätze, nicht mehrheitsfähig waren. Wir bedauern, dass das Projekt „Jung kauft Alt“ auf der Strecke geblieben ist. Wir sind überzeugt, dass der Erhalt und vor allem die energetische Sanierung der Altimmobilien unsere Stadt attraktiver und lebenswerter macht. Genauso überzeugt sind wir, dass das Klimaschutzprogramm einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO_2-Immissionen beitragen könnte. Es reicht nicht aus, dass wir uns mit einem Energy Award schmücken und dann die Hände in den Schoß legen. Halle 2050 energieautark, das ist unser Ziel.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei Herrn Strieckmann für die tatkräftige Unterstützung sowie die lebhafte und ausdauernde Debatte in unserer Fraktion bedanken. Wir begrüßen sehr, dass unser Kämmerer viele neue Akzente im Haushalt gesetzt hat, durch die Einfügung von Grafiken, Tabellen und Übersichten. Ganz besonders freuen wir uns über die Auflösung der Reste und den Verschiebebahnhof in das Folgejahr. Das sorgt für Klarheit und Transparenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die überaus große Geduld, die Sie mit mir hatten und das nicht nur heute. Aber ich versichere Ihnen, in Zukunft bleibe ich Ihnen erspart.